

Sek.-II-Übungsklausur für das Fach Geschichte

Material:

Am 21. Oktober 1949 verlas Bundeskanzler Konrad Adenauer vor dem Deutschen Bundestag die folgende Regierungserklärung:

„Ihnen, meine Damen und Herren vom Deutschen Bundestag, als den legitimierten Vertretern des deutschen Volkes habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die jüngsten Vorgänge in der Ostzone und in Berlin sind kennzeichnend für den tragischen Weg des deutschen Volkes [...]. Sie unterstreichen mit aller Klarheit und Deutlichkeit noch einmal die Zerreißung des deutschen Gebietes in zwei Teile [...]. Entgegen dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, in dem beschlossen wurde, Deutschland während der Besetzungszeit als eine politische und wirtschaftliche Einheit zu betrachten, trat schon sehr bald eine verschiedene Auffassung über die Deutschland gegenüber zu beobachtende Haltung unter den Alliierten zutage. In der Sowjetzone wurden schon im Jahre 1945 im Gegensatz zu den drei anderen Zonen Zentralverwaltungen eingerichtet, die den unverkennbaren Zweck hatten, die ganze sowjetische Zone staatlich einheitlich zu organisieren. Diese Bestrebungen wurden aufs Nachdrücklichste gefördert durch die am 12. Juni 1947 erfolgte Bildung einer Wirtschaftskommission. [...] Diese Volkskongresse sind nicht aus Wahlen, das heißt aus freien Wahlen, an denen sich jeder hätte frei beteiligen können, hervorgegangen. Für den Dritten Volkskongress durfte nur eine Einheitsliste aufgestellt werden. [...]

Nach dem völligen Zusammenbruch aller staatlichen Organisationen in Deutschland mit der bedingungslosen Kapitulation kann aber eine Organisation in Deutschland nur dann den Anspruch darauf erheben, ein legitimer Staat zu sein, wenn sie auf dem freien Willen der Bevölkerung beruht. Es wird niemand behaupten können, dass die nunmehr geschaffene Organisation der Sowjetzone auf dem freien Willen der Bevölkerung dieser Zone beruht. Sie ist zustande gekommen auf Befehl Sowjetrusslands und unter Mitwirkung einer kleinen Minderheit ihm ergebener Deutscher. [...] Das, was jetzt dort geschieht, wird nicht von der Bevölkerung getragen und damit legitimiert. Die Bundesrepublik Deutschland stützt sich dagegen auf die Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von rund 23 Millionen stimmberechtigter Deutscher. [...]

Quelle: 1. Deutscher Bundestag. Stenographisches Protokoll der 13. Sitzung, 21. Oktober 1949, S. 307-309.

Aufgaben¹:

- 1.) Fassen Sie – nach einer knappen Vorstellung des Materials – die wesentlichen Inhalte des oben gegebenen Textes mit eigenen Worten zusammen.*
- 2.) Erklären Sie wesentliche Inhalte der Zeilen 1 – 18 vor dem historischen Hintergrund.*
- 3.) Beurteilen Sie begründet Adenauers Aussagen in den Zeilen 19 - 29.*

¹ Diese Übungsklausur ist nicht in erster Linie dafür konzipiert worden, dass sie in genau zwei Schulstunden bearbeitet werden kann. Der Zeitrahmen wird hier vernachlässigt.